

## **VENRO-Positionspapier**

### **Warum die entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen gegen einen NATO-Einsatz in Mazedonien sind**

*Bonn, 24. August 2001* - Entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen sind grundsätzlich dem Frieden und der Solidarität verpflichtet. Mit großer Sorge sehen wir daher, wie sich in den vergangenen Jahren die Spirale der Gewalt in Mazedonien immer weiter gedreht hat. Leidtragende dieses gewaltsamen Konflikts sind bisher etwa 100.000 Menschen, die intern vertrieben worden oder in den Kosovo geflüchtet sind.

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens für Mazedonien am 13. August bereitet die NATO zur Zeit die Operation „Essential Harvest“ vor: 3.500 NATO-Soldaten sollen in Mazedonien innerhalb von 30 Tagen die Waffen der UCK-Rebellen einsammeln. Die Bundesregierung beabsichtigt, am 29. August den Deutschen Bundestag um Zustimmung zur Entsendung von 500 Bundeswehr-Soldaten nach Mazedonien zu bitten.

Da viele VENRO-Mitglieder in der Projektarbeit auf dem Balkan tätig sind, wenden wir uns noch vor der Entscheidung des Bundestages an die Öffentlichkeit. Aus folgenden Gründen sind wir gegen den NATO-Einsatz in Mazedonien:

#### **1. Die NATO ist Konfliktpartei**

Die NATO ist ein Militärbündnis und als solches zur friedlichen Konfliktbeilegung ungeeignet. Die slawischen Mazedonier betrachten die NATO - spätestens seitdem die UCK-Truppen bewaffnet und unter Aufsicht von KFOR-Soldaten aus Aracinovo abziehen konnten - als partiisch. Eine nachhaltige Friedenskonsolidierung kann daher nur von den Vereinten Nationen oder der OSZE in Gang gebracht werden. Dazu muss der UN-Sicherheitsrat ein tragfähiges Mandat erteilen und finanzielle Mittel bereitstellen. Dass der Präsident des UN-Sicherheitsrats am 13. August das NATO-Engagement in Mazedonien begrüßt hat, reicht nicht aus.

#### **2. Die Rolle der Vereinten Nationen muss gestärkt werden**

Die Vereinten Nationen müssen auch im Mazedonien-Konflikt in ihrer Zuständigkeit und Kapazität für die Durchführung von friedenserhaltenden Maßnahmen gestärkt werden. Statt dessen ist zu befürchten, dass mit dem Kosovo-Krieg und dem Mazedonien-Einsatz der NATO ein neuer Typ von Intervention außerhalb der Vereinten Nationen geschaffen werden soll. Die geplante NATO-Intervention schwächt die Vereinten Nationen, die bei den beiden Konfliktparteien am ehesten vertrauenswürdig sind.

### **3. Das Mandat für den NATO-Einsatz ist unrealistisch**

Der von der NATO vorgesehene 30-tägige Einsatz zum Einsammeln der Waffen der UCK-Rebellen geht an den Realitäten vorbei. Die UCK hat sich im Friedensabkommen nur bereit erklärt, ihre Waffen freiwillig abzugeben. Da es aber noch völlig unklar ist, wie viele und welche Waffen abgegeben werden sollen, kann es unter NATO-Aufsicht höchstens zu einer symbolischen Entwaffnung kommen. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit anderen Krisenregionen erscheint eine vollständige Demobilisierung der UCK sowohl in Mazedonien als auch im Kosovo im Rahmen eines tragfähigen Friedensprozesses notwendig.

### **4. Die politische Zielsetzung für den Einsatz ist unklar**

Da die Realisierbarkeit der Operation „Essential Harvest“ äußerst fragwürdig erscheint, bezweifeln wir, dass die NATO-Intervention in Mazedonien nur von kurzer Dauer sein wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit mit den Konflikten auf dem Balkan lassen befürchten, dass der Konflikt im Rahmen des NATO-Einsatzes nicht zu beherrschen sein könnte und aus einer geplanten Entwaffnungsaktion eine zeitlich unbefristete Intervention resultiert. Dies ist auch offenkundig der Hintergrund für die Diskussion über die Ausstattung der NATO-Truppen mit einem „robusten“ Mandat. Politische Szenarien über den 30-tägigen Zeitraum der Entwaffnung hinaus fehlen.

### **5. Die Balkan-Politik der Europäischen Union droht zu scheitern**

Angesichts der Spirale nicht enden wollender Gewalt auf dem Balkan muss sich die Bundesregierung fragen, ob der Mazedonien-Einsatz der NATO ein richtiger und vertretbarer Schritt ist. Es war das gleiche Schema, das zum Kosovo-Krieg führte: Die präventiven Maßnahmen und die zivile Konfliktbearbeitung werden nur unzureichend politisch unterstützt und finanziell ausgestattet, die OSZE tritt in die zweite Reihe, die humanitäre Situation eskaliert und schließlich wird Außenpolitik mit militärischen Mitteln betrieben. Die Politik der zivilen Konfliktbearbeitung der Europäischen Union in Mazedonien ist damit erneut gescheitert.

### **6. Die Folgen des Mazedonien-Einsatzes sind nicht abschätzbar**

Nach Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo wird Mazedonien voraussichtlich zu einem weiteren De-facto-Protectorat mit unkalkulierbaren politischen Risiken. Die Präsenz der NATO-Truppen auf dem Balkan wird erhebliche finanzielle Kosten verursachen. Darüber hinaus werden zusätzliche finanzielle Mittel für die zivile Konfliktbearbeitung benötigt. Die Konfliktlösung auf dem Balkan darf von der Bundesregierung allerdings nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens finanziert werden.

### **7. Der Mazedonien-Einsatz ist nicht „humanitär“**

Die Erfahrungen der Hilfsorganisationen auf dem Balkan zeigen, dass militärische Eingriffe in bewaffnete Konflikte die humanitäre Situation in der Regel verschärfen. Militärische Einsätze können per definitionem nicht „humanitär“ sein: Rollen und Mandate müssen sauber voneinander getrennt werden. Daher dürfen politisch-militärische Begründungszusammenhänge für den NATO-Einsatz in Mazedonien nicht mit humanitären Motiven verwechselt werden.

### **8. Die humanitäre Katastrophe darf nicht instrumentalisiert werden**

Im Kosovo-Krieg ist deutlich geworden, dass das erklärte Ziel der Intervention, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, nicht erreicht wurde. Nach dem Krieg konnte die zweite Flüchtlingswelle – der Serben, Sinti und Roma – ebenso wenig verhindert werden. Wir befürchten, dass es in Mazedonien erneut zu Flüchtlingsströmen kommt, die von den politischen Akteuren instrumentalisiert werden. Anschließend werden die humanitären Hilfsorganisationen

mit der Bewältigung der Konfliktfolgen konfrontiert. Mit Flüchtlingen darf keine Politik gemacht werden!

### **Politische Handlungsempfehlungen:**

- 1. Der Deutsche Bundestag darf dem Bundeswehr-Einsatz in Mazedonien unter NATO-Kommando nicht zustimmen.**
- 2. Die Vereinten Nationen und die OSZE sollen unverzüglich die Friedenskonsolidierung in Mazedonien übernehmen und mit einer entsprechenden Finanzierung ausgestattet werden: statt NATO sollen UN-Blauhelme in Mazedonien eingesetzt werden. Diese müssen auch den Waffennachschub der UCK wirksam unterbinden.**
- 3. Die Vereinten Nationen müssen eine Balkan-Konferenz einberufen, um zu einer regionalen politischen Lösung beizutragen.**
- 4. Die EU sollte ihre Anstrengungen in der Krisendiplomatie verstärken und einen zivilen Konfliktbearbeitungsprozess in Mazedonien initiieren, der unterhalb der Regierungsebene zu einem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beiträgt.**
- 5. Die Bundesregierung muss darauf achten, dass im Mazedonien-Konflikt eine klare und strikte Trennung der Aufgaben und Rollen von Militär und Hilfsorganisationen eingehalten wird.**
- 6. Die von der Bundesregierung für das Jahr 2002 geplanten Kürzungen der BMZ-Haushaltsmittel für soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sollten wieder zurückgenommen werden.**